

An das Eisenbahn-Bundesamt Außenstelle ..... ..... (Straße) ..... (PLZ, Ort)	Eingangsstempel des EBA*)
---	---------------------------

SAP-Nummer des EBA*)
----------------------

Geschäftszeichen des EBA*)
----------------------------

## Antrag auf Erteilung einer planungsrechtlichen Zulassungsentscheidung

Erläuterungen zur Antragstellung enthalten insbesondere:

- Planfeststellungsrichtlinien (PF-RL) für den Erlass planungsrechtlicher Zulassungsentscheidungen für Betriebsanlagen der Eisenbahn des Bundes nach § 18 AEG sowie für Betriebsanlagen von Magnetschwebebahnen nach § 1 MBPIG,
- Merkblatt zur Beantragung von eisenbahnplanungsrechtlichen Zulassungsentscheidungen.

1.	<b>Vorhabensträger</b>
1.1	Name/Firma DB Netz AG
1.2	Organisationseinheit/Geschäftsbereich o. ä. DB ProjektBau GmbH
1.3	Postanschrift Räpplenstraße 17, 70191 Stuttgart

2.	<b>Angaben zum Vorhaben</b> (Gegenstand eines planungsrechtlich relevanten Vorhabens sind der Bau und die Änderung von Eisenbahnbetriebsanlagen sowie ggf. notwendige Folgemaßnahmen an anderen Anlagen)	
2.1	Bezeichnung des Vorhabens PFA 1.1 Talquerung mit Hauptbahnhof	
2.2	Eisenbahnstrecke(-n)	
2.3	Streckennummer(-n)	
2.4	Streckenklasse(-n)	
2.5	Zugelassenes Lichtraumprofil	
2.6	Streckenkilometer (von - bis)	
2.7	Ist für das Vorhaben vordringlicher Bedarf nach Anlage 1 zu § 1 BSchwAG festgestellt? Wenn ja, Angabe der lfd. Nr. gemäß Anlage 1 zu § 1 BSchwAG	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
2.8	Betrifft das Vorhaben eine Strecke des TEN?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

\*) auszufüllen durch das EBA

2.9	Ist für das Vorhaben eine Inbetriebnahmegenehmigung nach §§ 6, 9 TEIV erforderlich?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Entscheidung steht noch aus
2.10	Wenn bei 2.9 ja: Werden die entsprechenden technischen Spezifikationen der Interoperabilität eingehalten? Wenn nein: Ausnahmegenehmigungen nach § 5 TEIV sind vom Vorhabenträger zu beantragen (vgl. hierzu auch § 7 VV IST).	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
2.11	Wurden die anerkannten Regeln der Technik eingehalten? Abweichungen sind im Erläuterungsbericht zu begründen. Wenn nein: Beachte RL 13 Abs. 6	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
2.12	Hat das Vorhaben Änderungen - der Streckenklasse - des Lichtraumprofils - der zulässigen Geschwindigkeit (VzG) zur Folge? Wenn ja: Nähere Angaben im Erläuterungsbericht erforderlich.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
2.13	Hat das Vorhaben Kapazitätseinschränkungen zur Folge? Sofern kapazitätsrelevante Rückbaumaßnahmen Gegenstand des Vorhabens sind, müssen die nach Vfg. des EBA vom 15.02.2008, Az. 23.91 Pa, geforderten Unterlagen vorgelegt werden.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
2.14	Gemeinde(-n), in der/denen sich das Vorhaben auswirkt (ggf. weitere kommunale Gliederungen, z. B. Samt-/Verbandsgemeinde oder (Stadt-) Bezirk (Berlin, Hamburg)) <b>70173 Stuttgart</b>	
2.15	Landkreis(-e) <b>Stadt Stuttgart</b>	
2.16	Bundesland/Bundesländer <b>Baden - Württemberg</b>	

3.	<b>Der Vorhabenträger hat das Vorhaben (hinsichtlich des Planungsrechts) bereits mit dem Eisenbahn-Bundesamt abgestimmt</b> (soweit erfolgt)
3.1	Datum der Abstimmung(-en)
3.2	Mit welchem/welchen Mitarbeiter(-n) des Eisenbahn-Bundesamtes wurden die Abstimmungen vorgenommen?

4.	<b>Projektleiter/Ansprechpartner beim Vorhabenträger</b>
4.1	Name
4.2	Telefonnummer
4.3	Faxnummer
4.4	E-Mail-Adresse

5.	<b>Vertreter/Bevollmächtigter des Vorhabenträgers</b> (soweit zutreffend)
5.1	Name/Firma <b>DB ProjektBau GmbH</b>
5.2	Organisationseinheit/Geschäftsbereich o. ä.
5.3	Postanschrift <b>Räpplenstraße 17, 70191 Stuttgart</b>

6.	<b>Projektleiter/Ansprechpartner beim Vertreter/Bevollmächtigten</b> (soweit zutreffend)
6.1	Name Herr Alfons Plenter
6.2	Telefonnummer 0711 93319 - 410
6.3	Faxnummer
6.4	E-Mail-Adresse alfons.plenter@dbnetze.com

7.	<b>Aktenzeichen des Vorhabensträgers bzw. Bevollmächtigten</b>
----	--

8.	<p><b>Antrag</b></p> <p>Für das o. g. Vorhaben wird hiermit der Erlass einer planungsrechtlichen Zulassungsentscheidung nach § 18 AEG bzw. § 1 Abs. 1 MBPIG beantragt.</p> <p>Dem Antrag sind die erforderlichen Planunterlagen gemäß PF-RL Nr. 12 beigelegt.</p> <p>Soweit für das Vorhaben erforderlich, gehören dazu <b>insbesondere</b>:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Vollmacht</b> (falls nicht von einer dem EBA bekannten Generalvollmacht Gebrauch gemacht wird)</li> <li>- <b>Umwelterklärung oder Bagatellfallerklärung</b> (nicht bei förmlicher Umweltverträglichkeitsprüfung), ggf. weitere Unterlagen, soweit sich das aus der ausgefüllten Umwelterklärung ergibt</li> <li>- <b>Verzeichnis</b> der nach Auffassung des Vorhabensträgers in ihrem Aufgabenbereich berührten <b>Träger öffentlicher Belange</b> und <b>nach § 13 Abs. 3 BGG anerkannte Vereinigungen</b>; ggf. Hinweis auf <b>Leitungsträger</b>, deren Betroffenheit aus Sicht des Vorhabensträgers aufgrund der bei der Planerstellung vorgenommenen Abstimmungen ausgeschlossen ist</li> <li>- außer in Planfeststellungsverfahren: <b>Zustimmungserklärungen/Vereinbarungen</b> von/mit durch das Vorhaben in ihren eigenen Rechten Betroffenen (alle einzeln auflisten; ggf. Ergänzungsblatt hinzufügen).</li> </ul> <p>Die <b>Antragsunterlagen</b> bestehen aus</p> <p style="padding-left: 40px;"><b>Ordern</b>. Sie sind in</p> <p style="padding-left: 40px;"><b>Ausfertigungen</b> beigelegt.</p>
----	---

9.	<p><b>Anrechenbare Kosten</b></p> <p>Höhe der anrechenbaren Kosten für das beantragte Vorhaben (in Euro)</p> <p><b>63.461.195 €</b></p>
----	---

10.	<b>Empfänger des Kostenbescheides</b>
10.1	Name/Firma
10.2	Organisationseinheit/Geschäftsbereich o. ä.
10.3	Postanschrift

11.	<b>Verfahrenshinweis des Vorhabenträgers</b>
11.1	<input type="checkbox"/> Antrag für ein neues Vorhaben (dann weiter mit 11.2) <input checked="" type="checkbox"/> Antrag auf Änderung einer vorhandenen Entscheidung nach § 18 AEG vor Fertigstellung des Vorhabens (dann weiter mit 11.3)
11.2	<p>Seitens des Antragstellers wird angeregt, für das o. g. Vorhaben folgende Entscheidung zu treffen</p> <p><b>(Zutreffendes bitte ankreuzen)</b></p> <input type="checkbox"/> § 18 AEG bzw. § 1 Abs. 1 MBPIG

	<p><input type="checkbox"/> § 18 AEG i. V. m. § 74 Abs. 6 VwVfG, § 18b AEG bzw.</p> <p><input type="checkbox"/> § 1 Abs. 1 MBPIG i. V. m. § 74 Abs. 6 VwVfG, § 2a MBPIG Hinweis: An Stelle eines Planfeststellungsbeschlusses kann eine Plangenehmigung erteilt werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. mit den Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich berührt wird, das Benehmen hergestellt worden ist,</li><li>2. Rechte anderer nicht beeinträchtigt werden oder die Betroffenen sich mit der Inanspruchnahme ihres Eigentums oder eines anderen Rechts schriftlich einverstanden erklärt haben oder Rechte anderer nur unwesentlich beeinträchtigt werden und</li><li>3. es sich um ein Vorhaben handelt, für das nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.</li></ol> <p>Die in Nr. 2 genannten Einverständniserklärungen sind den Antragsunterlagen vollständig beigelegt.</p> <p><input type="checkbox"/> § 18 AEG i. V. m. § 74 Abs. 7 VwVfG, § 18b Nr. 4 AEG bzw.</p> <p><input type="checkbox"/> § 1 Abs. 1 MBPIG i. V. m. § 74 Abs. 7 VwVfG, § 2a Nr. 4 MBPIG Hinweis: Planfeststellung und Plangenehmigung entfallen in Fällen von unwesentlicher Bedeutung. Fälle unwesentlicher Bedeutung liegen vor, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. andere öffentliche Belange nicht berührt sind oder die erforderlichen behördlichen Entscheidungen vorliegen und sie dem Plan nicht entgegenstehen,</li><li>2. Rechte anderer nicht beeinflusst werden oder mit den vom Plan Betroffenen entsprechende Vereinbarungen getroffen wurden und</li><li>3. es sich um ein Vorhaben handelt, für das nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist,</li></ol> <p>Soweit andere behördliche Entscheidungen (Verwaltungsakte) gemäß Nr. 1 erforderlich sind, so sind diese, ebenso wie die nach Nr. 2 erforderlichen Vereinbarungen den Antragsunterlagen vollständig beigelegt.</p>
11.3	<p>Folgende vorliegenden Planungsrechtsentscheidungen sollen durch diesen Antrag geändert werden:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Ausgangsentscheidung (Datum, Aktenzeichen)</li><li>2. ggf. Änderungsentscheidung(-en) (Datum, Aktenzeichen)</li><li>3. ggf. weitere Entscheidung(-en) (Datum, Aktenzeichen)</li></ol> <p>Der genehmigte Plan soll aufgrund folgender Verfahrensvorschrift geändert werden:</p> <p><input type="checkbox"/> § 76 Abs. 1 VwVfG <input type="checkbox"/> § 76 Abs. 2 VwVfG Hinweis: Soweit von der Planänderung Dritte betroffen sind, sind deren Zustimmungserklärungen den Antragsunterlagen vollständig beigelegt. <input checked="" type="checkbox"/> § 76 Abs. 3 VwVfG</p>
11.4	<p>Begründung (soweit nach Auffassung des Vorhabenträgers von einem Planfeststellungsverfahren abgesehen werden kann)</p>

<b>Ort:</b>	<b>Datum:</b>
-------------	---------------

<p>.....</p> <p><b>Unterschrift</b></p>	<p>.....</p> <p><b>Unterschrift</b></p>
---	---